

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrgang

Leipzig, den 14. Oktober 1920

Nummer 116

Der Machtkampf im Berliner Zeitungsgewerbe

Neuere Vorgänge und Erscheinungen

In einer auch uns zugegangenen Erklärung des Arbeitgeberverbandes für das Berliner Zeitungsgewerbe wird u. a. der Vorwurf gegen die Streikleitung erhoben, die Öffentlichkeit werde absichtlich irreführt durch die Behauptung, daß die Angestellten im Zeitungsgewerbe ein monatliches Durchschnittsgehalt von 400 bis 700 Mk. bezügen. In Wirklichkeit erhalte schon ein Siebzehnjähriger ein Grundgehalt von 500 Mk. monatlich, und die Höchstgrenze betrage 1250 Mk. monatlich. Demgegenüber wird von der Ufa, der Organisation der Angestellten, darauf verwiesen, daß nach dem Tarif für das Zeitungsgewerbe Jugendliche von 15 bis 17 Jahren 250—300 Mk. monatlich erhalten. In Gruppe A, der das Gros der Angestellten angehört, werden nach dem bisherigen Tarif 500—850 Mk. bezahlt. In der Gruppe B, der etwa ein Drittel der im Berufe Tätigen angehört, werden 700—1050 Mk. gezahlt. Die Höchstgrenze wird nach einer Tätigkeit von sieben Jahren erreicht. Ein einigermaßen menschenwürdiges Auskommen haben indessen nur wenige Ausserlesene, die in leitenden Stellungen 900—1250 Mk. nach sechs Berufsjahren erhalten. Dabei ist zu beachten, daß weibliche Angestellte in allen Gruppen 12% Proz. Abschlag von diesen Gehältern erfahren. Diese tatsächlichen Feststellungen bilden die Bestätigung dafür, daß die Angestellten mit vollem Recht eine Bezahlung verlangen, die den Lebenskosten der jetzt teuren Zeit entspricht. Auch der Berliner Schlichtungsausschuss hat durch die Subtilisierung eines 15prozentigen Aufschlags auf die jetzigen Löhne der Angestellten anerkannt, daß diese unauskömmlich sind. Wenn trotzdem der Arbeitgeberverband auf seinem hartnäckigen Machtkampfe bestehen bleibt und alle Mühen springen läßt, um die berechtigten Forderungen der Angestellten niederzuknüppeln, so ist es um so dringender notwendig, in diesem wirtschaftlichen Kampfe der „Einheitsfront der Unternehmer“ eine geschlossene Front der gesamten Arbeiterchaft entgegenzustellen. Erstreckt sich die Beweisführung der Solidarität der freigewerkschaftlichen Arbeiterchaft mit den Streikenden und Ausgesperrten fortgesetzt. So hat z. B. das Personal der „Freiheit“-Druckerei beschlossen, einen Teil seines Lohnes an die Streikenden und Ausgesperrten des Zeitungsgewerbes abzuführen.

Im Vorkampfe ihrer Sonntagsausgabe gesteht sogar die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (früher „Nordd. Allg. Ztg.“) zu, daß der Berliner Kampf eine Verschärfung erfahren hat durch das Vorgehen der Unternehmer. Die wirtschaftliche Lage der Angestellten sei tatsächlich eine drückende. Die Gehälter hätten nicht mit der zunehmenden Teuerung Schritt gehalten. Es sei ein Mangel vorhanden, zu dem der Steuerabzug erheblich beigetragen habe. Nach diesem Eingeständnisse des halbamtlichen Regierungsorgans sollte man erwarten, daß von der Regierung so schnell wie möglich versucht wird, ihren ganzen Einfluß zugunsten der notleidenden Angestellten im Zeitungsgewerbe aufzubieten. Aus der von uns bereits erwähnten Tatsache heraus, daß den Zeitungsvérlegern Millionenzuwendungen aus Reichsmitteln zustießen, muß die Reichsregierung das Recht und die Pflicht herleiten, auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Zeitungsbetrieben bestimmend einzuwirken. Zum mindesten sollte von ihr aber dafür gesorgt werden, daß weitere Verschärfungen und Komplikationen des Konflikts infolge unbedenklicher behördlicher Maßnahmen unterbleiben. In dem schärferen Vorgehen der Sicherheitspolizei in letzter Zeit gegen die Streikposten ist eine solche Maßnahme zu erblicken. Am 11. Oktober morgens wurden vor dem Geschäftslokale der „Täglichen Rundschau“ ohne erkennbaren Grund vier Streikposten auf Veranlassung eines Rekruten der Sicherheitswehr verhaftet. Soffentlich hat der seitens der Streikleitung sofort

eingelegte energische Protest gegen die unberechtigte Verhaftung der vier Streikposten deren sofortige Freilassung zur Folge. In andern Fällen könnte die rein wirtschaftliche Bewegung sehr leicht mit politischen Forderungen verquirlt werden, was sicherlich nicht dazu beitragen würde, den entfalteten Brand auf den Berliner Herd zu beschränken. An Anzeichen dafür, daß man in gewissen Kreisen bereits die schwarzen Fahnen der Gegenrevolution im Machtkampfe des Berliner Zeitungsgewerbes flattern sieht, fehlt es ja keineswegs. Es liegt daher durchaus im öffentlichen Interesse, daß der Arbeitskonflikt im Berliner Zeitungsgewerbe durch das Nachgeben des Arbeitgeberverbandes eine schnelle und befriedigende Beilegung erfährt. Was von der Regierung geschehen kann, um den starren Machtkampfpunkt der Berliner großkapitalistischen Zeitungsvérleger zu brechen, sollte sofort geschehen. Jede Verzögerung kann unter den heutigen frühen Zeitverhältnissen wirken wie der Funke im Pulverfaß!

Solidarität!

Ein von altersher schöner Gedanke — heute aber ein äußerst dehnbarer Begriff! Wichtig angewendet der Ausdruck für wahre Nächstenliebe; falsch verstanden eine Gefahr für das Wirtschaftsleben, deren Folgen sich in der heutigen Zeit letzten Endes auch politisch auswirken und zum Kampfe aller gegen alle führen müßten.

Der Gedanke der Solidarität, einer dem andern zu helfen, war von jeher in der Arbeiterchaft rege. Er ist das Fundament für die gewerkschaftliche Organisation. Mit der Größe der Organisation wuchs die Bekundung der Solidarität unter der Arbeiterchaft, und mit der Vermehrung der Organisationen die gegenseitig erwiesene Solidarität. Sie war nicht gebunden an die Grenzen des eignen Berufsstandes, sondern sie war überall zu Hause, wo es galt, das Arbeiterlos zu bessern oder gar Verschlechterungen desselben abzuwehren.

Die Bekundung der Solidarität vollzog sich früher in andern Bahnen als heute. Früher: Unter den zusammengehörigen Berufsgenossen, im schlimmsten Falle durch das gemeinsame Niederlegen der Arbeit, durch Verweigerung der Übernahme von Arbeit aus einem befristeten Betrieb in den andern noch arbeitstätigen, durch Ablehnung der Zusammenarbeit mit Streikbrechern aus dem eignen Lager, hauptsächlich aber durch materielle Unterstützung der Streikenden oder Ausgesperrten. Die letztere Art der Solidarität war gang und gäbe, insbesondere gegenüber Arbeitsgenossen anderer Gewerbe. Früher war das Streiken bei einer recht ansehnlichen Zahl der Arbeitsgenossen von heute eine verpönte Sache, und die früher über die streikenden Arbeiter mit Mähermägen hinweggingen, sehen wir heute vielfach in den Reihen derjenigen, die da glauben, daß Streiken auch Revolutionmachen heißt, und daß das Streiken zum republikanischen Staatsweien gehört.

Früher waren Streiken und Bekundung von Solidarität vielfach verbunden mit schwerer Drangsalierung der Arbeiterchaft, insbesondere der Arbeiterführer. Achtung der letzteren, Brotlosmachung der andern und schwere Not in den Tagen bitteren Arbeiterkampfes.

Seute Ausschaltung jeder Maßregelung, unterschiedslose Wiedereinstellung der Streikenden und Bezahlung der Streiktage. Niemand wird bestreiten, daß in dieser Beziehung zwischen früher und heute ein wesentlicher Unterschied besteht, den man aber nur als einen Erfolg verbuchen kann, wenn die Streikbewegung sich in den zulässigen Grenzen vollzieht.

Früher war fast ausschließlich der Streik das letzte Mittel der Abwehr oder des Angriffs; die Waffe, die man zum wirtschaftlichen Kampfe ergriff, nachdem alles Verhandeln zwischen Hüben und Drüben

selbst über die billigste Anforderung der Arbeiterschaft erfolglos verlaufen war. Früher streng disziplinierte, in der Hand ihrer Führer marschierende und schlagende Truppen, überzeugt von dem Grusse der Situation und erfüllt von dem Gedanken, sich selbst, der Sache und der eignen Organisation zu dienen; koste es, was es wolle!

Heute rieslich ein ununterlegtes Ross schlagen, nicht die Ruhe zum Abwarten und Vorbereiten, und leider so oft ein Ross schlagen ohne Führer und ohne Einverständnis der Organisation und deren Leitung.

Millionen lauer verdienter Arbeitergrößen sind in den letzten Jahren auf diese Art planlos verpulvert worden, ohne zu überlegen, daß man damit der Sache des Gegners den besten Dienst erweist. Das ist ein Epfel mit dem Feuer, und weg es mit der Sache der Arbeiterschaft meint, muß den Mut haben, laut und offen zu bekunden, daß es so nicht weitergehen kann.

Wir brauchen dringendst die Ruhe im gewerblichen Leben, ein Zusammenfassen aller schaffenden Kräfte und die Überzeugung, daß wir alle aus die'm wirtschaftlichen Elend nur herauskommen können durch unsere eigene Kraft, durch die deutsche Arbeiterschaft. Darum weißes Beschränken in der Anwendung des letzten gewerblichen Kampfmittels, ohne jede Vergiftung auf den dauernden wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeitermassen! Disziplinarische Unterordnung unter den Willen der Gewerkschaft, stetiges Arbeiten in derselben, um sie leistungsfähig und lebenswert zu machen! Auffüllung der Gewerkschaftskassen, weil in ihren Beständen erfruchtungsgemäß die beste und gefährlichste Waffe gegen Rücksichtslosigkeiten der Unternehmer ruht, und auch diese zwingt, vorsichtig in ihrer Kampfweise gegen die Arbeiterschaft zu sein. Nicht durch möglichst ofte Kämpfe offenbart sich die Organisation als Kampforganisation, sondern in erster Linie in der geschichtlichen und rechtlichen Ausnutzung der ihr zur Verfügung stehenden moralischen Druckmittel, in der Androhung der in ihr liegenden Macht und Geschlossenheit bei Ausübung der Offensive oder Defensiv. Um diese Macht zu erreichen und zu erhalten, bedarf es der Zeit der Ruhe und der Sammlung. Fortgesetzte Kämpfe bald aus die'm, bald aus jenem Grunde machen kampfmüde, führen zur Disziplinlosigkeit und lassen mit der Zeit das Interesse an der Organisation, an der Ausübung der Solidarität, der ersten Verbrüderung unter der Arbeiterschaft, schwinden. Deshalb muß auch vor einer Überspannung des Solidaritätsgedankens ernstlich gewarnt werden, weil in ihr die Ursache zu dauernden wirtschaftlichen Kämpfen liegen könnte.

Warum diese Ausführungen? Ich nehme zum Ausgangspunkt derselben die heute noch im Flusse befindliche Ausperrung eines ansehnlichen Teils der Berliner Gehilfenschaft. Sie ist, kurz gesagt, entstanden dadurch, daß in den Zeitungsbetrieben die Forderung sich weigerten, diejenigen Inserate zu setzen, deren Annahme durch Angestellte erfolgte, die an Stelle der freitretenden kaufmännischen Angestellten derselben Betriebe deren Arbeit verrichteten. Diese Verweigerung der Arbeitsleistung gab der Prinzipalität Veranlassung, die Gehilfen und schließlich das Gesamtpersonal auszusperrten und die Betriebe vorübergehend stillzulegen. Betroffen sind hier von zur Zeit mehr als 16000 Personen.

Die prinzipalseitige Anrufung des Schiedsgerichts wegen dieser Arbeitsverweigerung ergab ein Urteil mit Stimmengleichheit. Berufung gegen dieses Urteil legten die Kläger nicht ein, sondern griffen zum Mittel der Ausperrung und parierten damit die von der Gehilfenschaft ausgeübte Arbeitsverweigerung.

Beide Teile haben tarifwidrig gehandelt, weil sie sich nicht an das gehalten haben, was der Tarif ihnen zur Pflicht macht. § 91 c des Tarifs sagt klar und deutlich:

Aus Anlaß von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis oder über die tariflichen Rechte und Pflichten darf keine Partei der andern gegenüber die ihr obliegende Leistung verweigern, bevor sie das Schiedsgericht angerufen und das Schiedsgericht die Entscheidung gefällt hat. Der Zuwiderhandelnde vertritt unbeschadet sonstiger Maßnahmen (§ 82d) den schiedsgerichtlichen Rechtschutz, der zu verhandelnde Bewilligt außerdem auch die Berücksichtigung beim Arbeitsnachweise.

Die Ursache zu dieser von beiden Seiten begangenen schweren Tarifverletzung, die man doch nicht nur lediglich als eine Verletzung eines Dienstvertrages betrachten darf, sondern die man nach ihrer Wirkung auf die beteiligten Personen und Kreise, auf das ganze Wirtschaftsleben und auf die Vernichtung des gegenseitigen Vertrauens in übernommene Vertragskreise einschätzen muß, war die Behandlung der Solidarität der Buchdruckergehilfen gegenüber den kaufmännischen Angestellten.

Daß letztere eine Aufbesserung ihrer sehr aufbesserungsbedürftigen Gehälter beanspruchten, ist bekannt. Ebenso, daß unternommene gegenseitige Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Resultat führten. Auch ist bekannt, daß die Prinzipalität einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht annahm, und daß schließlich auch Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium nicht zum Ziele führten. Der Wahrheit entsprechend muß hervor gestellt werden, daß zwischen Schlichtungs-

verlegern und den sogenannten gelben Gewerkschaften der Angestellten vorher eine Verständigung zustande gekommen war, die aber von der freien Gewerkschaft der Angestellten nicht gebilligt wurde.

Ich habe im allgemeinen dagegen keinerlei Einwendungen zu erheben, daß die Gehilfenschaft den kaufmännischen Angestellten bei Erfüllung berechtigter Wünsche hilfreich zur Seite stand, als Solidarität bekundete, die von jeder heiligstes Eigentum der Buchdrucker war. Ich vermute aber ebenso bestimmt die Auffassung, daß in der vorgenommenen Weise die Behandlung der Solidarität die Grenzen der Mäßigkeit überschritt und damit dem andern Teile Gelehenheit zu einer Maßnahme gab, die wir bisher wegen unserer Tarifgemeinschaft als einen überwundenen Standpunkt ansehen dürfen.

Beide Parteien haben nicht recht gehandelt! Die Gehilfen konnten, wenn alles gutes Sprechende zu einer Verständigung zwischen Prinzipalen und Angestellten ergebnislos blieb, zwar darauf hinweisen, daß sie dem kämpfenden Arbeitsgewerkschaft gegenüber Solidarität bekunden würden; wenn diese Solidarität aber nur durch das Mittel der Arbeitsverweigerung, durch eine nicht zulässige Forderung der Inseratenannahme zu bewerkstelligen war, dann hatte die Gehilfenschaft auch die Pflicht, vorher die Schiedsinstanzen anzurufen und diese zur Abwendung des Überreitens eines Konfliktes der kaufmännischen Angestellten auf das technische Personal anzurufen. Ich bin überzeugt davon, daß die Schiedsinstanzen Mittel und Wege gefunden hätten, um das Ausrufen, die Ausperrung Tausender von Personen in so schwerer Zeit, zu verhindern. Die Solidarität der Buchdruckergehilfen hätte dadurch nicht an Ansehen verloren, in der Wirkung aber nur gewinnen können.

Auf Grund derselben tariflichen Vorschrift war selbstverständlich auch die Prinzipalität verpflichtet, vor der Ausperrung ihrer Personale das Tarifamt als Berufungsinstanz anzurufen und entscheiden zu lassen. Beide Parteien haben sich mit ihren Handlungen tariflich ins Unrecht verlegt!

Die nebenheraufkommende sehr wichtige Frage: Verlangte es die Solidarität der Gehilfen, das Ersetzen von Inseraten, angenommen durch stehengebliebene oder neu eingetretene Angestellte, zu verweigern? Ist es wichtig, daß sie im Rahmen meiner Ausführungen nicht beantwortet und erledigt werden kann. Ist der von der Gehilfenschaft eingenommene Standpunkt richtig, dann muß damit gerechnet werden, daß das gewerbliche Leben überhaupt nicht zur Ruhe kommt. Denn die Beziehungen, die sich aus der Zusammenarbeit des technischen und kaufmännischen Personals eines Betriebs ergeben, lassen sich auch konstruieren über die Grenzen eines Betriebs hinaus, lassen sich ausdehnen auf jede andre, im gewerblichen Streit liegende Erwerbsgruppe, und es wird nicht schwer werden, nachzuweisen, daß diese oder jene zur Erhaltung eines Betriebs unentbehrliche Arbeitsleistung einer andern Erwerbsgruppe, also auch die Forderung des Arbeitsproduktes derselben und deren Verwertung durch eine nicht am Streik beteiligte Arbeiterschaft, als Streikarbeit anzusehen ist. Auch kann unter Umständen die Arbeitsniederlegung einer einzigen, für Aufrechterhaltung eines Betriebs völlig unentbehrlichen Arbeitskraft und der Ersatz derselben durch eine andre Arbeitskraft den Stillstand der größten Betriebe zur Folge haben.

Wer will entscheiden, ob die Arbeitsniederlegung oder meinewegen auch die Entlassung dieses einen Mannes berechtigt war oder nicht? Aufgeregte Arbeitsgewerkschaften werden zumeist nicht unparteiische Richter sein! Deswegen meine ich, auch die Behandlung der Solidarität muß sich in gesunden Bahnen bewegen, und es tut bitter not, daß in erster Linie die Gewerkschaften aus diesem Vorgange Veranlassung nehmen, feste Grundlinien dafür anzustellen, was als Streikarbeit zu betrachten und deshalb abzulehnen ist. Ich behaupte, daß dieser tief bedauerliche Konflikt durch ruhiges Überlegen und Handeln und unter Führung der Gewerkschaftsleitungen zu vermeiden war, und bestreite, daß der Begriff von Streikarbeit eine solche Auslegung, wie hier geschehen, erfahren darf. Das muß zu dauernden großen und schließlich allgemeinen Kämpfen der Arbeiterschaft führen, die wir alle zu verhüten Ursache haben. Auf der andern Seite ist die ausperrnde Prinzipalität von ihrer Organisation schlecht beraten gewesen, wenn sie die Ausperrung als die einzig richtige Antwort auf das tadelnswerte Vorgehen der Gehilfen zu geben verpflichtet war.

Ich hoffe und wünsche, daß meine offene Aussprache zum Nachdenken und zu dementsprechendem Handeln veranlaßt, und daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ganz allgemein einmal klargestellt wird, was als Streikarbeit anzusehen ist. Ich weiß, daß ich mit Kundgebung meiner Auffassung in ein Wespennest gestochen habe; das kann mich aber nicht abhalten, meiner Überzeugung freimütig Ausdruck zu geben. Ich erblicke in der Wiederholung des von mir bekämpften Vorfalles die schwersten Schäden nicht nur für die Arbeiterfrage, sondern für das ganze gewerbliche Volk überhaupt, und da ich mich als dienendes Glied des selben mein ganzes Leben lang nicht auf dem letzten Platze, nicht in küniger Zurückhaltung, sondern stets mit offenem Wort und freier Tat nach beiden Parteien hin betätigt habe, halte ich es auch für

mein Recht und meine Pflicht, auf Gefahren aufmerksam zu machen, die der gewerblichen Arbeit durch eine Überspannung des Solidaritätsgedankens entstehen müssen. Angreife, die deshalb gegen mich von hüten oder drüben erfolgen sollten, prallen von mir ab, und deshalb erwarte ich nur eine rein sachliche, kameradschaftliche Auseinandersetzung.

Berlin.

Paul Schliebs.

Überspannung des Solidaritätsgedankens?

Kollege Schliebs hat in vorstehendem Artikel vieles in sehr glücklicher Form gesagt, was seinen Eindruck zweifellos nicht verfehlen wird. Da sich aber in seinen Ausführungen einiges befindet, womit er nicht auf allgemeine Zustimmung rechnen kann, so möchten wir dazu sozgleich etwas sagen, auf das sich nachher nicht eine Polemik mit unnötigen Schärfen oder an dem Hauptumfange vorbeireisenden Anklagen belaufen soll.

Das mit seltenen Ausnahmen jede zum Konflikt führende Bewegung kritische Punkte aufweist, ist denen ja am besten bekannt, die in Wort und Schrift gewerkschaftliche Aktionen zu führen haben. Gerade im Entstehungsstadium werden faktische Fehler begangen. Das bei dem Berliner Zeitungsangestelltenstreik die „Ma“ den Weg zum Schlichtungsausschuss nicht schon bei dem ersten Anlaß des Konflikts nahm, war zweifellos ein Fehler. Daß wir Buchdrucker es als eine glückliche Fügung betrachten, in der Reichszentrale und möglicherweise darüber hinaus ein paar Wochen vor uns an sich recht schwierigen Verhandlungen zum Abschluß eines neuen, stark modernisierten Arbeitsstatuts aus Gründen der Solidarität in einen ernstlichen Kampf verwickelt worden zu sein, das kann wirklich niemand von uns erwarten. Wer die ganze Situation überblickt und sich dazu die wunderbaren Prinzipalschlachten vergegenwärtigt, wie sie an den in voriger Nummer veröffentlichten Anträgen der andern Seite bekannt geworden sind, wird eher zu der Ansicht kommen, daß die heftige Entladung vorher schon drüben als gar nicht so ungelegen angesehen wird. Man muß zu den Tarifverhandlungen der Buchdrucker sehr viel vorhaben, wird mit Anträgen solcher Art nicht lediglich den von Gehilfen aufgestellten Forderungen ein Paroli des Weltmachens haben bieten wollen. Bei der weiteren Besprechung der Prinzipalsatzung in Bad Nauheim wird darüber noch etwas zu sagen sein.

Fest steht ohne weiteres, daß die Berliner Zeitungsarbeiter — sie, nicht die Kleinen, Bewilligungsbereiten sind die Macher! — an ihren erbärmlich bezahlten Angestellten die „Lobpolitik der nächsten Zeit“ (siehe Artikel darüber in Nr. 112) erproben wollten. Fest steht aber noch nicht, ob es bei den kommenden Beratungen im Ingenieurbau nicht mit demselben Konzept verucht werden soll. Der „gelbe Bergbau“ schließt darüber gewiß keine Wahrscheinlichkeit aus. Fest steht jedoch vor allen Dingen, daß die von den Berliner Zeitungsverlegern aufgestellte und acht Tage lang aufrechterhaltene Gegenforderung eines 20prozentigen Gehaltsabbaues schlimmer gewirkt hat auch in unsern Reihen als eine schwere Aufreizung. Und dadurch ist schon in starkem Maße der Solidaritätsgedanke bei den Buchdruckern wachgerufen worden!

Seit den Matagen 1919, als bei uns abgebaut werden sollte, und es zum ersten Male durch Schuld der Prinzipalität nicht ohne die Hilfe Nebenstehender ging, seitdem ist die Gefahr eines offenen Konflikts in der Schwebe, wofür ja Ausprüche führender Männer auf der Gegenseite vorliegen. Wenn sich Prinzipale mit größerem Verantwortlichkeitsgefühl nicht immer noch durchgesetzt hätten, würde es bei uns schon zum Zusammenstoß gekommen sein. Dann aber hätten unsere Kollegen von den Hand- und Kopfmitarbeitern jedenfalls das verlangt, was die Berliner ausgesperrten Kollegen nicht leichtens Herzens, aber aus nicht ulederbaltendem Solidaritätsgelübte heraus jetzt tun. Die in den Kampf verwickelten Kollegen haben ja nicht zur Waffe des Streiks gegriffen, sondern haben sich ausperren lassen, nachdem die klanenden Prinzipale es verächtelt haben, vom Tarifschiedsgericht aus an das von ihnen aus durchsichtigen Gründen mißachtete Tarifamt zu appellieren, obwohl der Prinzipalskreisvertreter diesen Schritt ankündigte. Mit diesem Umstande wird unfres Erachtens das Schuldkonto der in Frage kommenden Zeitungsverleger nochmals so schwer belastet als mit der einfach provozierenden Ablehnung des im Reichsarbeitsministerium zustande gekommenen Schiedspruches zugunsten der Angestellten. Da dieser von vielen kleineren Verlegern anerkannt werden würde, wenn

das Diktat der Großen nicht wäre, darf von der andern Seite sogar Mißbrauch des Solidaritätsgedankens behauptet werden.

Die Berufung auf den § 91 c des Tarifs, um für beide Teile den Tatbeweis einer tarifwidrigen Handlung zu erbringen, kann bestritten werden. Nämlich deswegen, weil zu Seite 85 des Tarifs im vergangenen Jahre eine Ergänzungsbestimmung geschaffen worden ist über die Befolgung von Anordnungen der Geschäftsführung. Es ist doch als ganz sicher anzunehmen, daß die Vertrauensmänner der Anordnung des Sehens von Inseraten unter diesen Umständen widersprochen haben. Nach dieser Bestimmung (siehe Seite 30 des Ergänzungsheftes vom Mai 1920) würde unfres Erachtens in diesem Streikfall nur noch den in Betracht kommenden Firmen die Pflicht obgelegen haben, zur schiedsrichterlichen Entscheidung alles Notwendige zu unternehmen.

Ganz recht hat Kollege Schliebs mit der zum Bedenken gegebenen Erwägung, daß schließlich ja ein Streik der kleinsten Gruppe, ja sogar eines einzelnen im Betriebe, zu Weiterungen führen könnte, die schließlich in einen allgemeinen Konflikt ausmünden, da heutzutage, im Zeichen der für die gewerbliche Ruhe absolut nicht förderlichen „Schutzgemeinschaft“ der Buchdruckerelbisher und Zeitungsverleger Deutschlands, wie der offizielle Titel lautet, eine Überspannung des Solidaritätsgedankens bei den Prinzipalen schließlich leichter möglich ist als bei den Gehilfen. Man denke doch nur daran, daß bei dem Bremer Konflikt im laufenden Jahre-führende Prinzipalskreise drauf und dran waren, den Gehilfen des ganzen Tarifkreises die letztmaligen Steuerungszulagen nicht mehr weiter zu gewähren, was den offenen Konflikt in großer Erweiterung zur Folge gehabt haben würde.

Auf Gehilfen Seite kann die Solidarität nicht auf den Einzelfall von untergeordneter Bedeutung ausgedehnt werden, sie muß vielmehr stets unter dem Gesichtswinkel der gewerkschaftlichen Taktik und unter verantwortlicher Führung gehandhabt werden. Auf einer Gauvorsitzerkonferenz letzthin hat man ja ernsthaft die Grenzen der Solidarität erörtert bei kleinen Anlässen, um nicht vielleicht gewissen Absichten in die Hände zu arbeiten. Die Einbeziehung der Angestellten im Zeitungs- und Buchdruckergewerbe in den Graphischen Bund ist ein Sicherungsmittel, das sich aus dem gegenwärtigen Kampfe wohl von selbst aufnötigt, und zwar um so mehr, als der von der Prinzipalität mit bemerkenswertem Eifer betriebene Manteltarif für das graphische Gewerbe schon zu Eventualitäten wie der jetzt von beiden Seiten geübten Solidaritätsbewegung führen kann.

Die Verweigerung des Sehens von Inseraten, die durch arbeitswillige Hände gegangen sind, bis sie in den Seheraal gelangen, also die sogenannte ideale Streikarbeit, hätte ja auch von Gehilfen Seite zu einer Entscheidung vor dem Tarifamt gebracht werden können, nachdem die Prinzipale es absichtlich nicht getan haben. Wäre aber dadurch etwas geändert worden? Wir glauben nicht, denn die in großer Anzahl beteiligten Hilfsarbeiter wie die Transportarbeiter hätten sich ihre Begriffe über Solidarität nicht betren oder korrigieren lassen. Die Buchdrucker würden nur erreicht haben, daß man sie nicht nur von selten der Zeitungsangestellten, sondern auch aus andern Arbeiterkreisen schwer bombardiert haben würde. Denn daß die Zeitungsverleger wie in dem einen Falle der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Norddeutsche) auf den Anzeigenteil während des Konflikts verzichtet hätten, vernünftigen wir nicht anzunehmen. Es ist uns aus Zuschriften von Berliner Kollegen schon bekannt geworden, was alles von extremer Seite als erforderlich bezeichnet wurde, um das (wohl doch unterschätzte) Zeitungs-großkapital klein zu kriegen. Man muß für das Handeln des technischen Personals doch auch stark berücksichtigen, daß die Ablehnung des Schiedspruches von selten der Zeitungsverleger dem Gasse vollends den Boden ausgeschlagen hat.

Die Frage einer Überspannung des Solidaritätsgedankens müssen wir also verneinen. Die Solidarität hat, auch wenn sie nicht falsch verstanden wird, mit neuen Begriffen zu rechnen; die alten tun es nur noch unter einfachen Verhältnissen. Wie modern die Zeitungsverleger und Prinzipale die Solidarität aufzufassen vermögen, haben sie ja schon im Jahre 1873 mit der Aussperrung der Buchdrucker über das ganze Reich gezeigt, was damals zu heftigen Angriffen gegen sie führte; namentlich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin. Jetzt ist die Modernisierung des Solidaritätsbegriffes nicht zuletzt von den Berliner großen Zeitungsverlegern betrieben worden! Damit haben wir uns ohne pessimistische Grübeleien über einst und jetzt abzudenken.

„London oder Moskau?“

In Nr. 104 des „Korr.“ veröffentlicht Kollege Pösch unser die-er Überschrift einen Artikel, in welchem er trauernden Auges nach Moskau blickt. In Berlin haben ob der Trauer des Kollegen Pösch die Süßher Tränen gelacht. Seit einem Jahre bereits verücht Kollege Pösch der antibolschewistischen Liga eine Rosine nach der andern abzugewinnen, um damit Stimmung zu machen, und heute sieht er seinen Hockungsstern im Osten erlöschen. Ich möchte mir daher einige Rücksichtstellungen dazu gestatten.

Wenn Kollege Pösch glaubt, aus der Tatsache, daß ein Teil unabgängiger Opportunisten in Antibolschewismus macht, Sonst laugen zu können, so beweist er damit nur seine Inkenntnis. Der größte Teil der von Dittmann und Crispian veröffentlichten wirtschaftlichen Tatsachen ist bereits vor verschiedenen Monaten von den Russen in beispielhafter Offenheit selbst zugegeben worden. Ich erinnere hierbei an Schillens Lenins und Trotskys sowie an die „Russische Korrespondenz“, in deren Nr. 5 im Berichte Anhows auf dem Kongress der Volkswirtschaftsstraße d. selben Angaben in anderer Form gemacht wurden. Er kann aber auch in dieser Korrespondenz die Gründe für diese Zusammenhänge finden. Im

übrigen wird insbesondere der Genosse Dittmann den russischen Verhältnissen nicht gerecht, was so-iar von Parteigenossen des Kollegen Bötsch zugegeben wird. So schreibt z. B. in der Parousischen „Glocke“ ein Herr Dr. Roderich v. Ungern-Esternberg unter andern:

Warum weiß Dittmann nichts zu berichten über die Anstrengungen der Sowjetregierung, das Wirtschaftslieben des Landes zu heben, und über die Resultate der entsprechenden Maßnahmen?

Nachdem er dann einige Fragen über die russische Volkswirtschaft gestellt hat, fährt er fort:

Auf alle diese und noch viele ähnliche Fragen, auf die zuverlässige Nachrichten eine bejahte Antwort geben, hätte in einem Aufsatz „Die Wahrheit über Rußland“ unbedingt eingegangen werden müssen. Ferner vermisst man jegliche Erwähnung der zweifellos sehr namhaften Erfolge, die die kommunistische Regierung auf dem Gebiete des Volksschulwesens und der Volksschulbildung zu verzeichnen hat, über deren kulturelle Bedeutung man wohl nicht zweierlei Meinung sein kann. Kein Wort weiß Dittmann ferner über die Maßnahmen der Räteregierung auf volkshygienischem Gebiete zu sagen? Es wäre doch interessant zu wissen, wie der aufschreckende Rückgang der Erkrankungskontingenzen an Typhus (Januar 1918/19, Mai 1918/19 Personen) und an Cholera nicht in erster Linie auf die Tätigkeit des Gesundheitskommissariats zurückzuführen ist, das zum erstenmal in Rußland in großem Maße Zwangsimpfungen durchgeführt hat. Das alles gehört auch in eine „Betrachtung über russische Verhältnisse“, die der Räteregierung gerecht zu werden bestrebt wäre.

Wir wollen das also ruhig unsern russischen Genossen überlassen. Uns interessieren diese Dinge aber auch insofern, als wir in wirtschaftlicher Hinsicht geradezu auf Rußland und seine Agrarprodukte angewiesen sind und gleichzeitig Absatzgebiete für unsere Industriereste dort schaffen können. Ein Vorgang, der heute fast ausgeschlossen erscheint, der aber möglich ist, wie Italien beweist. Im englischen Unterhaus wurde vor einiger Zeit von der Regierung bereits darauf hingewiesen, daß wir vor einer Weltgetreidenot stehen, wenn wir nicht in Europa in vermehrtem Maßstab Getreide erzeugen und wenn vor allem Sowjetrußland (insbesondere das ukrainische Getreidegebiet) dafür nicht herangezogen würde. Daß Deutschland unter einer Weltgetreidenot zuerst leiden würde, versteht sich am Rande. In allen westeuropäischen Ländern liegen die Dinge schon an sich nicht so glänzend, wie man allgemein annimmt. Die Folgen des Krieges machen sich sogar in Amerika in einer bedeutend vermehrten Inflation geltend. Dort sowohl als auch in England sind in einigen Produktionszweigen (u. a. Schuhwerk) bereits Störungen ersichtlich. Auch sperren sich bereits einige Länder in erheblichem Maße gegen Einfuhr ab. In verschiedenen Industrien, wie z. B. in der chemischen Industrie, hat sich das Ausland während des Krieges teilweise von der deutschen Einfuhr unabhängig gemacht. Aus alledem erwächst in seiner Gesamtheit für uns die Gefahr, mangels eignen Absatzes keine Lebensmittel vom Ausland einführen zu können. Wir werden also im ureigensten Interesse nach Rußland schauen und versuchen müssen, Lebensmittel, insbesondere Getreide, von dort zu erhalten, und Absatzgebiete für unsere Produktion zu schaffen. Und daß uns Absatzgebiete für unsere Industrie nollun,“ beweist uns auch die immer mehr steigende Arbeitslosigkeit.

Des weitern untersucht Kollege Bötsch die Frage, ob die deutschen Arbeiter sich beim Vorwärtstreiben der Revolution russische Methoden zu eigen machen können. Und wenn er dabei zur Ablehnung kommt, so entspricht dies durchaus seiner kleinsten Anschauungsweise. Die proletarische Revolution wird in Deutschland entsprechend unsern besonderen ökonomischen Verhältnissen sich ihre Bahnen selber wählen, sie wird aber überhaupt nur vorwärtsgeliebt werden können, wenn wir uns grundsätzlich die kommunistische Auffassung der Volkswirtschaft zu eigen machen, wie sie ja auch im Aktionsprogramm der U. P. niedergelegt ist. Ich stehe hierbei ganz auf dem Standpunkte des Kollegen Bötsch, daß wir dieses Ziel nur auf dem Wege von Etappen zurücklegen können. Wir können aber diese Etappen nur dann beginnen zurückzulegen, wenn die politische Macht fest in den Händen des Proletariats ruht. Daß wir die gesamte geistige und ökonomische Einstellung der Menschheit (und auch der Arbeiter) nicht im kapitalistischen Staate vornehmen können, sollte wohl nach allen Erfahrungen gerade auch unserer russischen Brüder ersichtlich sein. Die kapitalistische Einstellung auf den Egoismus wird vielmehr gleichsam als rudimentäre Erscheinung einer vergangenen Epoche noch lange Zeit in die sozialistische Gesellschaft hineinragen. Sie vorher überwinden zu wollen, ist ein Teil jenes Opportunismus, der der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Revolution bereits die schwersten Schäden zugefügt hat, den die deutsche Arbeiterklasse aber überwinden wird, weil sie ihn überwinden muß. Daß die deutsche Revolution aber haltmachen muß, weil (nach Snowden) in England keine Anzeichen bestehen, die auch nur nach dem Schein auf eine politische oder wirtschaftliche Revolution hindeuten, erscheint mir unverständlich, trotzdem auch mir diese Tatsache seit langem bekannt ist. Diese Passivität der englischen Arbeiter ist aber nicht zuletzt durch den Umstand bedingt, daß der englische Arbeiter einen bedeutend höheren Reallohn hat, der durch die koloniale Ausbeutung fremder Völker auch für die englischen Arbeiter bessere Bedingungen schafft. Da diese Bedingungen für Deutschland nicht zutreffen, so wird die deutsche Revolution durch dieselben auch nicht beeinflusst werden können. Die Erfolge der englischen Arbeiter, so wichtig sie an sich sein mögen, sind Gnadengeschenke eines verständigen Liberalismus, die gleichzeitig die Stellen des Kampfunmutes im Gefolge haben müssen. Hier in Deutschland sind diese Er-

folge jedoch infolge unserer Lage unmöglich. Unsere Lage muß sich vielmehr weiter verschlechtern, solange wir das Heer von kapitalistischen Parasken am Volkshörper haben.

So liegt Bötsch kommt dann auf die Stellung der russischen Gewerkschaften zu sprechen, wobei es sein Mißfallen erregt, daß die Gewerkschaften einer Partei unterworfen sind. Ich bitte dies eigenlich zum ersten Male. Bisher hat noch kein Mensch etwas einzuwenden gehabt, daß die Gewerkschaften für die Politik der U. P. waren oder umgekehrt. Es scheint ihm diese enge Verwiderung also nur darum nicht zu gefallen, wenn es eine andre Partei sein soll. Um ubri en unerschrockene Genosse Kosowski, Mitglied des Präsidiums des ukrainischen Zentralrats, kurzlich in recht interessanter Weise über die Stellung der russischen Gewerkschaften. Er sagte u. a. folgendes:

Die Rolle der Gewerkschaften hat sich natürlich seit der Oktoberrevolution verändert. Sie sind keine Kampforgane mehr, die gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat kämpfen, denn die Bourgeoisie existiert nicht mehr. Wo aber ein Kampf gegen die Bourgeoisie geführt wird, so wird er mit der Waffe in der Hand auf dem Schlachtfeld geführt. Der Staat aber ist jetzt ein Staat der Arbeiter.

Die Gewerkschaften haben jetzt aber andre nicht minder wichtige Aufgaben zu erfüllen. So liegt ihnen z. B. die Bestimmung der Löhne und Löhne ob, das Volkswirtschaftsamt für Arbeit hat hier nur das Bestätigungsrecht. Die Gewerkschaften spielen auch eine große Rolle in der Leitung und Verwaltung der Produktion. Es gibt keine Seele des öffentlichen Lebens in Rußland, wo nicht die Gewerkschaften einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben.

Diese Ausprägungen sowie eine Namenge andres Material beweisen vielmehr, daß die Gewerkschaften in Rußland zwar nicht ganz die Rolle einnehmen, die Kollege Bötsch ihnen zuweisen wollte, daß sie vielmehr im Rahmen der kommunistischen Grundsätze wichtige Arbeit für das russische Proletariat und für die Volkswirtschaft zu leisten haben. Und das wird die Weiterführung der deutschen Revolution natürlich in Deutschland infolge der erworbenen Macht der Gewerkschaften noch in erheblichem Maße bewirken. Und weil wir diese Überzeugung haben, deswegen erstreben wir den Industriebau auf der Grundlage des Betriebsratsystems, erleben wir die geistige Einseitigkeit der Gewerkschaften als Produktionsverband zur wirtschaftlichen Durchführung der Diktatur des Proletariats. Karl W. Schmidt (Berlin).

Nochmals: „London oder Moskau?“

Motto: Und zwar ist die jeweilige geistige Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schlag ins Wasser der alten Gesellschaft ist, ist die Befreiung von der Vererbung des Reichthums.

Wenn man irgendeine Sache vertritt und eine andre zu verteidigen sucht, so soll es doch eigentlich eine Bedingung sein, daß man die Verteidigung eingehend mit der Materie beschäftigt. Von dem Artikel des Kollegen Bötsch „London oder Moskau“ in Nr. 104 ist das nicht zu sagen.

Die Gewerkschaften vertreten — darüber herrscht wohl kaum noch ein Zweifel — von vornherein nur Gegenwartsinteressen. Ihre Tätigkeit beschränkt sich in der Hauptfrage nur auf den Lohnkampf und auf die Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. auf die Regelung des Verkaufs der Arbeitskraft je nach den Marktverhältnissen, also auf die starke oder weniger starke Ausbeutung der Wertarbeitigen durch die Ausbeutenden. Auf die Art und Weise des Produktions- und Austauschprozesses haben die Gewerkschaften überhaupt keinen Einfluß. Was liegt doch gerade der Hase im Pfeffer. Wenn trotz der Löhnerhöhungen ist das Geld, ist die Not immer größer geworden und das Warum das Arbeitslosenheeres nimmt rapid zu. Wenn wir uns fragen, woran es denn liegt, daß trotz der opferreichen Kämpfe die Zerlegung der Massen nicht aufzuhalten war, so wird man unarmherzig auf die Tatsache gestoßen, daß das Lohnverhältnis niemals durch Gesetz oder Laune geregelt werden kann, was ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Wenn — und das ist das Ausschlaggebende — solange wir nicht mit unsern Löhnerhöhungen die Proflarität des Kapitals durchbrechen können, wird die Arbeit der Gewerkschaften immer Elyphusarbeit sein und bleiben. Es können die Löhne wohl stabilisiert und schonbar ein Ausgleich geschaffen werden, aber solange die Kapitalisten in der Lage sind, auch nur bei dem kleinsten Falle des Profits als erstes Mittel die Reduzierung des Lohnes anzuwenden, werden die scheinbaren Verbesserungen der Lage des Proletariats immer wieder illusorisch gemacht und das Steigen der Reservearmeen und damit das Geld immer größer. Da hat uns Friedrich Engels ein Wort geprägt, das für unsere jetzigen Verhältnisse bezeichnend ist. Er sagte:

Die Lehren der bürgerlichen Ökonomen von der Identität der Interessen von Kapital und Arbeit, von der allgemeinen Harmonie und dem Volkswohlstand als Folge der freien Konkurrenz wurden immer schlagender von den Tatsachen Lügen gestraft.

Da aber dieses eine leibende Tatsache ist, so ist die notwendige Folgerung die, daß die Bedingungen, unter denen bisher die Gewerkschaften den Kampf geführt haben — also Besserstellung der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung —, verschwunden, zur Utopie geworden sind. Die Schranken des Lohngesetzes wirken eben mit der Fatalität und Schärfe eines Naturgesetzes. Wie Monogamie aber, die wir zu ziehen haben, ist die: Einstellung der Gemeinschafts- und Neutralitätsdiktatur und scharfer Kampf für die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat. Das soll und muß die Lösung

der Gewerkschaften sein in den kommenden großen politischen Auseinandersetzungen.

Wenn der Kollege Bösch meint, der Unterschied der Taktik liege nur darin, daß die einen das Ziel erreichen wollen von Etappe zu Etappe, während die andern auf dem Standpunkte stehen, die Streit des Profetaats sei heute schon so groß, daß es mit gewaltigem Einsatz die „Zwinglery“ kapitalistischer Ausbeutung freisetzen“, so ist er sehr auf dem Holzweg und sein Gedankengang zeugt davon, wie wenig er mit der Materie befaßigt hat. Nein, stolze Polka, es ist grundsätzlich um ganz andere Gründe, daß die allmähliche Umwälzung nur als eine in die Länge gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrungene Reform darzustellen, sondern, und das muß den Parteien zum Bewußtsein gebracht werden: Wir kommen nicht durch Lohnerbhöhungen und Reformarbeit aus dem Glend unserer Lage heraus, sondern durch die Reformarbeit und zwar nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen der Reformarbeit. Inwiefern sich die Revolution unterscheidet von der „allmählichen Reformarbeit“ ist das, daß die Revolution den Übergang der einen Gesellschaftsform in die andere schafft. Die allmähliche Umwälzung bezweckt aber nur, innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaftsform zu einer sozialistischen zu kommen; daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist, liegt klar auf der Hand.

Meint der Kollege Bösch aber, daß der Arbeiterschuß (natürlich der kapitalistische) die Verstaatlichung der Post und Eisenbahnen usw. usw. sozialistische Errungenschaften sind, so kommt man zu dem humoristischen Ergebnis, was die Vater dieser Verordnungen — nämlich der deutsche Bundesrat und — Sozialisten waren. Bei näherem Zusehen empfinden wir diese Maßnahmen aber als purer Schwindel, denn es sind nur Kontrollen der kapitalistischen Gesellschaft über den Produktionsprozess in Unterform — des Kapitals. Was ist es Bundesrat und eine Lohnkammer, die wir taglich am eignen Leibe spüren.

Der stolze Polka vermag aber, um seine Ausführungen schmackhafter zu machen, auf die Verhältnisse in Sowjetrußland hinzuweisen. Er sagt: „Wo was ist in Rußland? Die Glanzen, die sich die noch freibei dastehenden Kapitalisten gemächt haben, sind zusammengeworfen. Wir sehen, wie alles das, was uns sozialistischen Arbeitern heilig war, einfach zur Erde verweht ist.“ Ja, stolze Polka, wenn Sie ein so großer Optimist sind, der so glaubt, daß der Sozialismus da ist, wenn die Proletarier die Macht ergriffen haben, kann man Ihre Worte verstehen. Da Sie aber selbst die allmähliche Umwälzung verteidigen, so ist es gar nicht zu verstehen, wie Sie sich Sowjetrußland gegenüber einer so großen Ungewißheit betätigen.

Gegen wir doch ein wenig tiefer auf den Grund. In Rußland haben die Arbeiter und Bauern die politische Macht ergriffen. Das aber mit demselben Moment der Sozialismus da ist, können nur politische Stürmer glauben. Der Sozialismus ist wohl geborgen, der Sozialismus soll aber ein aufgebaut werden. Zuern kommt doch die Expropriation der Expropriatoren, die Verstaatlichung der Produktionsmittel, dann erst der Sozialismus. Und wenn in Rußland — ganz genau wie in China — Hunger und Kälte herrschen, so ist das zu verstehen. Denken wir nur daran, daß Rußland als erster proletarischer Staat und als Vorkörper der Weltrevolution den ganzen ungeheuren Kampf des Weltkapitals auszuhalten hat. Da sind eben außergewöhnliche Maßnahmen notwendig. Daß aber diese Angriffe den Bauern, wenn nicht untragbar, so doch stark hinderlich ist, das ist ganz klar. Außerdem ist die Wirtschaft durch den „Austverkauf“ der Kapitalisten zu der Zeit herunter so stark erschüttert, daß eine ganz ungeheure Straß dazu gewirkt, um wieder lebendig zu werden. Hieraus kann aber nicht auf die Unüberwindlichkeit des Sozialismus geschlossen werden. Trotz aller dieser Schwierigkeiten ist es aber Rußland möglich gewesen, kulturelle Aufgaben zu lösen, die bewunderungswürdig sind. Man denke doch nur an die Kinderfürsorge, die jeder Mutter und jedem Vater zu denken geben sollte. Und dann die Worte Friedrich Engels:

Mit der Verherrlichung der Produktionsmittel durch das Proletariat ist die Warenproduktion beendet und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Damit schreiet der Mensch endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Lebensbedingungen in wirklich menschliche.*

Daß die russischen Proletarier diesen Vorprung vor uns haben, dazu haben die russischen Gewerkschaften ihren großen Teil beigetragen. Der stolze Polka meint, den russischen Gewerkschaften daraus einen Vorwurf machen zu müssen, daß sie noch jung sind, „nicht in schweren, aufreibenden, opferreichen Kämpfen sich durchringen konnten“ wie in den andern Ländern, also gewissermaßen auch nicht den „inneren Gehalt“ haben. So will dieses geru gelten lassen, wenn der Kollege Bösch mir sagen kann, welche Errungenschaften er denen der russischen Gewerkschaften gegenüber zu stehen hat. Daß Lohnerbhöhungen keine dauernden Errungenschaften sind, habe ich ja schon genügend dargelegt; darum nicht, weil sie doch immer wieder durch das fatale naturgesetzliche Zurück der kapitalistischen Produktionsweise illusorisch gemacht werden. Wir sind doch durch unsere bisherige Politik nicht in der Lage gewesen, auch nur um ein Tipfselchen all das Glend, all die Not von der werktätigen Bevölkerung abzuwenden. Wohl sind die russischen Gewerkschaften noch jung, aber gerade darum haben sie ihren Charakter als revolutionäre Organisation erhalten, während die Zerrissenheit in den deutschen und besonders in den englischen Gewerkschaften durch die Sammlungspolitik haushoch ist.

Wenn uns Kollege Bösch mit großem Pathos auf London aufmerksam macht, so müßte er doch eigentlich wissen, daß sich die Kämpfe in England lediglich um Behauptung der bisherigen Errungenschaften abspielen. England, das als Sieger mit selber von kapitalistischen Erschütterungen verhältnißlos geblieben ist, wird aber auch über kurz oder lang von der allgemeinen Weltkrise heimgeführt und von deren Wirkung erschüttert werden bis in die Grundfesten. Dann wird die Zeit kommen, wo auch die englischen Arbeiter sich offen zum Sozialismus bekennen und zur Liquidation des Proletariats.

Lann uns eins: Für uns heist nicht die Parole: London oder Moskau, sondern wir müssen aus den jeweiligen Verbhältnissen lernen und unsere Handlungsweise danach einrichten:

Für uns lautet die Parole:
Gegen Betriebsbeschränkungen und -einstellungen.
Gegen den Ausverkauf der für die Wirtschaft notwendigen Produktionsmittel.
Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte.
Zusammenhaltung der Betriebsräte und Industriezweige.
Zertrümmerung der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Kapital!
Das sind die Forderungen der Zukunft, um diese dreht sich das Wohl und Wehe der Zukunft der arbeitenden Bevölkerung.
Samburg. W. v. A.

Weder London noch Moskau!

Nicht der 9. November 1918, nicht die Märzrevolution waren die eigentlichen Bringer der Umwälzung, sondern jene Augusttage 1914, in deren Verlauf die Kriegsnot in alle Länder getragen wurde. Im Verlaufe dieses Krieges, dieser Weltrevolution, wird offenbar, was sonst erst in Jahrzehnten der Entwicklung hätte offenbar werden können, nämlich die Notwendigkeit der Menschheitsverbände zueinander, zu einer gründlichen Um- und Neugestaltung.

Die Frage nach der Kriegsschuld liegt auf einem andern Gebiet. Sie ist für England ebensowenig wie für ein andres Land zu bejahen. Gelagt sei nur, wenn man die Frage stellt, wer die den Krieg hätte verhindern können, daß Rußland dies hätte tun können. Bezeichnend jedoch für die furchtbar grauenhafte Art des in den internationalen Völkern verbrüderlichen Kampfs sind die aufeinanderfolgenden Vorgänge, die, von dieser Seite in voller Absicht herbeigeführt, in Berlin, Wien, London und Moskau sich in den tragischen Stunden vor der allgemeinen Mobilisierung abspielten und durch welche die verantwortlichen Machthaber selbst vor vollendete Tatsachen gestellt wurden — oder auch sein wollten. Wer hat genauer über diese Vorgänge informieren will, der lese die Schrift von Paul Senfer: „Die englisch-amerikanische Weltlüge“ (Wölling-Verlag).

Der gemeinsame Feind aller Völker ist unzweifelhaft der Mammonismus. Dieses Wort ist mit voller Absicht hier angewandt, da noch viel Unklarheit herrscht in bezug auf die Begriffe Kapital und Kapitalismus. Die Gewinnung jedoch, die Kampfesart, die Kampfesweise, die aus dieser dem Mammonismus eignen internationalen Grundlage erwächst, die ist bei jedem Volke verschieden. Sie entspricht der Eigenart, dem jeweiligen kulturellen Stande des einzelnen Volkes. Daher nicht London oder Moskau, deutlich soll der Kampf, soll die Gewinnung, sollen die vorausschauenden Gedanken sein, die uns die Richtlinien im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind weisen. Deswegen kann auf den sogenannten Internationalen doch praktische Arbeit geleistet werden.

London oder Moskau? Nachschläge und Subtilitäten schwerer Art hat der vertrauensselige Deutsche schon für sein ständiges Schielen nach außerdeutschen Einrichtungen, nach fremden, nicht unserer Eigenart entsprechenden Geldesgütern bekommen. Die vierzehn Punkte Wilsons sind ein klammendes Zeichen dafür (leider schon längst wieder vergessen).

Von dem, was aus Moskau kommt, wird der deutsche Gewerkschaftler genug, übergenug haben, und das, was aus London kommt, ist nicht das, was wir brauchen, was unserer Eigenart, aber auch unserer tieferen Verlangen entspricht. Das, was aus London so gleichmäßig herüberwinkt, ist materielle Kultur in kräftigen Anlagen, aber mit eck den schon Zügen und unsern Einrichtungen, die sich bis zu einem gewissen Stadium entwickelt hatten, abgeben.

Nicht wir haben den alles zerstörenden Bolschewismus, dieses im Grund uns so fremde, exotische Gewächs aufzunehmen und uns seinem Diktat zu fügen, sondern umgekehrt, aufklärend können wir hineinschleusen in das religiös-mythologische Halbdunkel der Völker des Ostens, befruchtend können unsere Ideen dort wirken. Sie würde dort ebenso gierig aufgenommen, wie die Lehren eines Marx und Engels aufgenommen wurden und die nun, nachdem sie der Osten in der ihm eignen Weise assimiliert hat, zu dem „exotischen“ Gewächs „Bolschewismus“ wurden, welches nur Zerstörung bringt und bringen kann, weil es unserer Eigenart entgegengesetztes Gewächs ist.

Wartend können und müssen wir die Hand gegen den ganz vermaterialisierten Westen erheben. Viele Millionen fremder Augen haben seit Kriegsbeginn auf unser Vorgehen. Bis jetzt haben wir das Vertrauen, welches die Welt in uns setzte, nicht gerechtfertigt, doch an Gelegenheit dazu hat es nicht gemangelt. In Brüssel, London, Bern und nicht zuletzt in Spa hätten wir der Welt, die auf uns sah, entgegenstehen müssen und können, was deutsch, was so beschaffen, daß es wahr und aufrichtig ist, und ohne Phrase trotzdem den noch so eisenbewehrten Gegner zur Anerkennung gezwungen hätte. Es gibt eine stärkere Waffe als wie die Mordwaffe, es ist, die Waffe des geistig Überlegenen! Es ist unsere Waffe. Wir Deutsche müssen sie an-

* Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus“, S. 51.

wenden. Der Engländer kennt die Waffe auf seine Weise, er freibt Weltpolitik. Wir wollen sie auf unsre Art anwenden. Wir stehen in einer Lage drinnen, aus der heraus wir gar nicht anders können, sollen die Oper nicht umsonst gebracht sein, daß wir der Welt das unerhörte Neue, das ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus, bringen.

Diese Verwirklichung läßt sich nur auf dem Wege der Dreigliederung erreichen. Wir gehen diesen Weg der Dreigliederung. Wir gehen ihn schon lange und wissen es nicht. Aber heute, wo eine weltgeschichtliche Aufgabe in unsre Hände gelegt ist, wo wir die Lösung der Weltanfrage auszuführen haben, ist es an der Zeit, bewußt und klar den Weg vor Augen zu sehen, den wir lange genug im Dunkeln abgetastet haben. Es sei hier vor allem auf die von A. Steiner verfaßten „Stützpunkte der sozialen Frage“ (Verlag: „Der kommende Tag“ in Stuttgart) hingewiesen. In diesem Buche sind klar und anschaulich, jedoch in sehr komprimierter Form, die Wege gezeichnet, die das deutsche Volk, das deutsche Proletariat im besondern, seit Jahrzehnten geht.

Weder London noch Moskau! Wir müssen eigene, deutsche Wege gehen. Wir haben nicht nötig, auf das Ausland zu blicken, womit durchaus nicht gesagt sein soll, daß wir Brauchbares immer ablehnen, weil es nicht „deutsch“ wäre. So arm wir sind an äußeren, so reich sind wir an inneren Gütern, und auf diesen unvergänglichen Quell der Welt erbaut die Welt Anspruch. Auf diesen Quell müssen wir uns endlich wieder besinnen.

Ein das Wort Sozialdemokratie sei zum besseren Verständnis der Dreigliederung hier erinnert. Zwei starke, jedoch ganz verschieden geartete Impulse, diese Auktionen des Volkswillens leben in diesem Worte. Sozialisieren müssen wir die Wirtschaft. Immer hat das Soziale mit der Wirtschaft zu tun, steht mit ihr im Zusammenhange. Sondern das Interesse, irgendetwas zu vollbringen, muß fortan beibehalten bleiben in der Wirtschaft. Der Staat darf hier nicht eingreifen mit unverständigen Gesetzen und Verordnungen. Trotzdem muß Brüderlichkeit herrschen, so daß die an irgendetwas Beteiligten und Interessierten durch frei abgeschlossene Verträge die sich so brüderlich vertragen, daß das Erarbeitete den Leistungen des einzelnen entsprechend verteilt werden kann.

All diese Dinge dürfen von den in der Wirtschaft Interessierten nicht mit dem Rechte verquittet werden. Die schwersten Störungen im Zusammenleben der Menschen sind stets darauf zurückzuführen, daß es immer eine kleinere Anzahl Menschen gab und leider noch gibt, welche die Mittel über die große Masse in der Weise ausübt, daß sie das Geheimnis aus wirtschaftlichen (Materien) oder kulturellen (Geist) Interessen heraus betreibt. Soll der sozialistische Zukunftsstaat auf die gleichen Fehler aufbauen? Das darf nicht sein! Es seien wir nur nach Rußland. Dort erleben wir, wohin es führt, wenn der Staat (Lenin) sich Rechte annimmt, dort wo Sach- und Sachkenntnis ausschlaggebend sein müßten. Sachleute kann ein solcher Staat nicht herausbilden, wohl aber ein durch Protektion korruptiertes Beamtenheer. Das Gebiet, auf welches sich der Staat beschränken muß, ist das der Rechtsprechung und Ausübung des Rechtes und alles dessen, was hiermit zusammenhängt. Nur dann kann ein „gleiches“ Recht zustande kommen, jenes Recht, welches in jedes Menschen Brust verborgen liegt und das, einmal verfehlt, den inneren Widerspruch, den Widerstand gegen jede Art Bedrückung hervorruft. Von diesem Rechte spricht der Begriff Demokratie. Es sind zwei mächtige Impulse, welche in dem Worte Sozialdemokratie leben.

Diese Impulse sind alt. Nun ist in neuerer Zeit der Ruf nach einer Befreiung des Geisteslebens hinzugekommen und durch Dr. Steiner in bewusstem Zusammenhange mit den zwei andern Gliedern des sozialen Organismus durchschaut worden. Man will die Bevormundung, welche die Schule z. B. durch Staat und Kirche erfährt, nicht mehr dulden und ruft nach der weltlichen, nach der freien Schule. Und wie Seitenblasen steigen auf aus den tiefen, gärenden Untergründen menschlichen Drängens und Willens, halb unbewußt, halb bewußt, auf der einen Seite ein Reichswirtschaftsrat, auf der andern Seite ein Reichskulturrat, in der Mitte steht der beiden Gliedern keinen „Schub“ aufräumende „Staat“; dieses Phantom, von dem man alles erwartet, und das selbst davon überzeugt ist, alles zu können. Dieses Verhältnis, aber mit der sehr wesentlichen Unterscheidung, daß die Wirtschaft vollständig unabhängig vom Staate, sich selbst verwallend und regelnd, ebenso das Kulturleben, in Freiheit, frei und unbehindert schaffend und das Erschaffene, auf freies Verlangen der Menschen im Wirtschaftsglied und des auf sich selbst gestützten Staatslebens abgebend, dies ist eine der Hauptforderungen der Dreigliederung.

Vordem ist die vornehmste Aufgabe des Weltpolitikers. Vordem, voraussetzend handeln, hat England groß, zur Weltmacht werden lassen. Nachdenken bedeutet soviel wie Nachhinken einem Vorangehenden. Musterstückes in sozialer Hinsicht können uns die Engländer nicht geben. Das haben aber wir tun können viel früher schon. Was Deutsche vorgedacht haben, das hat der Engländer aufgegriffen und auf seine Art umgesetzt.

Aber alle Schwierigkeiten hinweg muß die deutsche Arbeiterschaft eigene Wege gehen, und sie wird dies auch in Zukunft, will sie sich selber wahr und treu bleiben, tun. Nur dann wird sie geschlossen, einheitlich und unzerklüftet bleiben. Aber die Zeit der idealistischen Utopien bis zu den Predigern des reinen Klassenkampfes und des Klassenkampfes in unsern Tagen ging die deutsche Arbeiterschaft hinweg durch viele Phasen des Kampfes auf und nieder, und wer da glaubt, daß der ganze gewerkschaftliche Verfallungskampf, daß die Tarife, dieses seine Werkzeug in der Hand der Kapitalisten, um die Schranke

ohne Ende nach Sträßen handhaben zu können, der Weisheit letzter Schluß seien, der ist auf dem Holzwege.

Die Zeit des Kompromißschließens in den Parlamenten, in den Regierungskreisen, das schandbare Treiben in der Lebensmittelversorgung augenblicklich, dieses vom grünen Tisch aus getriebene Spiel mit der Engelsgeduld der deutschen Arbeiter, schädel eines guten Tages nach dem Falle den Boden aus. Glauben gewisse Menschen in ihrer beispiellosen Verblendung denn, daß die deutschen Arbeiter dreißig, vierzig und noch mehr Jahre dieses Elend weiter mitmachen, nur um jener kleinen Clique von rüchichtslosen Egoisten, die in den Tagen verträudelt, vor dort aus die Welt regieren, weiter den Bau zu müssen? Nie und nimmer!

Zeig' uns einen praktischen Weg, wird man rufen. Es kommt auf den Mut an, den wir aufbringen, um den ersten entscheidenden Schritt zu tun. Praktische, bis ins kleinste sich zeigende Wege ergeben sich logisch von selbst aus der Dreigliederung. So ergeben sich für das Wirtschaftsglied dreierlei Räte: Betriebsräte, denen die Produktion, Verkehrsrate, denen der Handel, die Zirkulation der Waren, und Wirtschaftsräte, denen der Konsum zu leiten obliegt. Diese Räte sind die wichtigsten Glieder zur Gesundung und zum Aufbau unserer Wirtschaft, denn sie wirken und regeln von unten, vom Quell der Arbeit aus. Eine „Verwirklichung“, welche daher in gesunder Weise in den kranken Organismus eingreifen will, ist ohne dieses Instrument gar nicht denkbar. Zweierlei zugleich gut und richtig tun, kann man nicht.

Eine Produktivgenossenschaft der Buchdrucker würde sich also auf die Betriebsräte aufbauen. Diese Betriebsräte (bei den Konsumgenossenschaften sind es Wirtschaftsräte, beim Handel Verkehrsrate), die heute im Keime, mit vielem Ach und Krach zustande gekommen sind, eignen sich im Laufe ihrer Entwicklung alle die Eigenschaften an, die nötig sind, die Wirtschaft zu leiten. Wenn der tüchtige Betriebsleiter, der tüchtige Kaufmann nur aus unsern Reihen herauswachsen, weil neben dem Sinne für das Praktische ein ebenso starker Trieb für das Brüderliche, soziale in solchen Köpfen bedingung ist; doch diese Bedingung erkennt der echte Sozialist gar nicht an. Den entscheidenden Schritt jedoch tun wir erst in dem Augenblicke, wo die Räte bestimmend eingreifen können in die Betriebe, in das Wirtschaftsleben. Ein weiterer weltgeschichtlicher Augenblick wird dann der sein, in dem die Arbeiterschaft aus dem Wirtschaftsprozeß herausgestellt, unter ein Recht gebracht wird, welches dem Menschen, der arbeiten will, ein auskömmliches, menschenwürdiges Dasein sichert.

Der Mensch von heute befähigt sich im Gegensatz zu den Menschen früherer Zeiten in allen drei Gliedern des Lebens (Lehr-, Nähr- und Wehrstand) und sucht von sich aus Einfluß in diese zu gewinnen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, diese nicht erkünstelte und erdachte, sondern dem Leben abgelaufene Dreigliederung bewußt durchzuführen und durchschauen als den einzig gegebenen Weg aus deutlicher Not zu erkennen, denn die Dreigliederung liegt schon lange tief im Schoße der Menschheit. Es ist an der Zeit, sie in die Tat umzusetzen, nach dem wir lange genug vom rechten Wege der Mitte abgelenkt wurden. Wir werden diese wirklich deutsche Bewegung um so eher und schmerzloser in die Tat umsetzen — trotz London und trotz Moskau —, je mehr wir geneigt sind, die primäre Kraft des Gedankens anzuerkennen; jene Kraft, die vorausschauend und mit Ufergewalt vorantreibend unser ganzes Sein in gesunde Bahnen lenken wird.

R. K. (Eberfeld).

Ebenfalls: Weder London noch Moskau!

Ein grimmes Lächeln überzog mein Gesicht, als ich in Nr. 111 des „Korr.“ den Hilferuf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes betreffend Oberschlesien las. O sancta simplicitas hätte ich fast ausruhen mögen. Hat man aus den überaus traurigen Erfahrungen der letzten Jahre deutscherseits wirklich noch nichts gelernt?

Sch erinnere z. B. an die vielen Schandungen der deutschen Arbeiterschaft während des Krieges, an das überaus traurige Verhalten der Arbeiterschaft sowohl in den feindlichen als auch in den neutralen Ländern gegenüber dem Schwand- und Mordfrieden von Versailles, nämlich dem Kriege die Quelle all unsres Elends. Was hat die internationale Arbeiterschaft gegenüber dieser Vergewaltigung und Ausplünderung eines Volkes, wie sie die Geschichte bisher nicht kennt, bisher getan? Aber einige schwächere Proteste ist man nicht hinausgekommen, und im übrigen partizipiert die Arbeiterschaft in den feindlichen Ländern mit am Raube, den man dem deutschen Volk — und damit auch der deutschen Arbeiterschaft — abnimmt.

Auf dem letzten internationalen Bergarbeiterkongreß sollen nach Meldungen sozialdemokratischer Blätter Verbrüderungszentren stattgefunden haben, daß man zu Tränen gerührt war. Man schwor, in Zukunft jeden Krieg durch Einsetzung der Kohlenförderung unmöglich zu machen. Und was erlebt man trotz dieses Küßschwurs? Der Krieg des imperialistischen Polens gegen Rußland ist im besten Gange und wird aller Voraussicht nach dank der kühnlichen Unterstützung der Ententearbeiterschaft mit einem Erfolge Polens enden.

Ausgerechnet an die französischen Gewerkschaften wendet man sich, die über Phrasen noch nicht viel hinausgekommen sind und schon so oft mit ihren Imperialisten in ein Horn gelutet haben! Es ist wirklich mehr als naiv, wenn man nüchtern denken den deutschen Arbeiterschaft immer von neuem Hoffnungen von dieser Seite macht.

Und Moskau? Nun, dort haben in letzter Zeit deutsche Arbeiter ja eigenen Ausschauungskretze genannt. Man hat über die russischen Zukünfte genügend gehört, um den Appetit zu verlieren.

